

An den 1. Bürgermeister
Christian Palm
Haidelbacher Str. 3

91227 Leinburg

Fraktion B90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Nürnberger Land
Barthstraße 1
91207 Lauf a. d. Pegnitz

Lauf, am 28. Oktober 2026

Offener Brief - Matschgerla Wagen - Verantwortung übernehmen und Lösungen für 2027 finden

An den Ersten Bürgermeister der Gemeinde Leinburg, Christian Palm, und die Mitglieder des Gemeinderats

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Palm,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,

wir wenden uns an Sie, weil wir die Forderungen der Petition gegen den sogenannten Matschgerla-Wagen ausdrücklich unterstützen und die Gemeinde Leinburg auffordern möchten, sich aktiv für ein Ende der öffentlichen Bloßstellung von Menschen, insbesondere Frauen, einzusetzen.

Seit Monaten wird über diese Praxis diskutiert. Fast 2.000 Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift für ein Ende ausgesprochen. Auch die wissenschaftliche Einordnung zeigt: Was als Tradition bezeichnet wird, kann zugleich ein Instrument sozialer Kontrolle und Einschüchterung sein. Insbesondere die öffentliche Beschämung von Frauen aufgrund ihres Privat- und Sexuallebens kann Ausdruck psychischer und geschlechtsspezifischer Gewalt sein.

Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die Forderungen der Petitionsinitiatorinnen: Die öffentliche Bloßstellung muss beendet werden, der Matschgerla-Wagen darf in seiner bisherigen Form nicht fortgeführt werden und Betroffene brauchen wirksame Schutzmaßnahmen.

Die Gemeinde hat darauf verwiesen, dass sie den Wagen aufgrund der Zuständigkeiten für die betroffene Staatsstraße nicht unmittelbar verbieten könne und Betroffene gegebenenfalls selbst zivilrechtlich vorgehen müssten.

Wir erkennen an, dass rechtliche Zuständigkeiten Grenzen setzen. **Politische Verantwortung endet jedoch nicht dort, wo die unmittelbare rechtliche Zuständigkeit fehlt.**

Es kann aus unserer Sicht keine zufriedenstellende Lösung sein, Betroffene allein auf den Zivilrechtsweg zu verweisen. Gerade in einer kleinen Gemeinde können damit erhebliche persönliche, finanzielle und soziale Belastungen verbunden sein.

Wir bitten Sie deshalb, gemeinsam mit dem Gemeinderat konkrete Schritte für den Fasching 2027 einzuleiten:

- **Die Forderungen der Petition aktiv aufgreifen** und die Initiatorinnen sowie die Perspektiven Betroffener in die Lösungsfindung einbeziehen.
- **Gemeinsam mit dem Landratsamt und den zuständigen Behörden ein Verbot des Matschgerla-Wagens in seiner bisherigen Form rechtlich prüfen und auf den Weg bringen.**
- **Mit den Veranstaltenden darauf hinwirken, dass der Matschgerla-Wagen in seiner bisherigen Form nicht mehr aufgestellt wird.**
- **Die Anonymität der verantwortlichen Gruppen beenden:** Nach unserem Kenntnisstand war der Matschgerla-Wagen bislang nicht angemeldet, sodass die verantwortlichen Personen auch den Behörden nicht bekannt waren. Die Gemeinde soll gemeinsam mit den Veranstaltenden und dem Landratsamt sicherstellen, dass künftig alle teilnehmenden Gruppen und Wagen vorab angemeldet werden und eine namentlich bekannte, verantwortliche Ansprechperson benennen müssen. Eine entsprechende Registrierung ist bei Faschingsveranstaltungen in anderen Kommunen bereits üblich.

Da die Gemeinde auf die Zuständigkeit des Landratsamts verweist, **wenden wir uns parallel mit einem offenen Brief an Landrat Armin Kroder.** Darin fordern wir eine Prüfung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten und konkrete Schritte auf Landkreisebene. Unser Ziel ist, dass Gemeinde und Landkreis gemeinsam Verantwortung übernehmen und eine Lösung finden.

Am Donnerstag, dem 29. Oktober, wird sich der Gemeinderat erneut mit dem Thema befassen. Nach den vorliegenden Informationen soll dies nichtöffentlich geschehen. Wir respektieren den notwendigen Schutz persönlicher Angelegenheiten, halten es aber für wichtig, dass die Gemeinde ihre grundsätzlichen Entscheidungen und nächsten Schritte anschließend öffentlich kommuniziert.

Die öffentliche Bloßstellung und Demütigung von Menschen darf nicht länger unter dem Deckmantel des Brauchtums stattfinden. Der Matschgerla-Wagen in seiner bisherigen Form muss beendet werden.

Die rechtlichen Zuständigkeiten mögen verteilt sein. Die Verantwortung, gemeinsam eine Lösung zu finden, bleibt.

Wir appellieren deshalb an Sie und den Gemeinderat, die Forderungen der Petitionsinitiatorinnen ernst zu nehmen und noch vor dem Fasching 2027 konkrete, wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Bianca Pircher

Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Nürnberger Land



Doris Erdinger